

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Neue Arbeitsplätze die zentrale Aufgabe

Ein „Signal des Aufbruchs“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl die feierliche Einweihung genannt, mit der die Daimler-Benz InterServices (debis) AG am 24. Oktober in Berlin ihre neue Unternehmenszentrale für weltweit 13.000 Mitarbeiter bezog. „Gut vorbereitet“ sei das Unternehmen auf eine Entwicklung, die die Dienstleistungswirtschaft zu einem immer wichtiger werdenden Arbeitgeber in Deutschland mache.

Den „Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung im 21. Jahrhundert“ sah der Bundeskanzler deshalb auch im Dienstleistungssektor. Er verwies in seiner Rede auf die Arbeitsmarktbilanz der Bundesregierung, nach der in den Jahren von 1984 bis 1994 über drei Millionen neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden seien.

Multimedia, Mobilfunk und die globalen Datennetze sind nach den Worten des Bundeskanzlers aktuelle Beispiele dafür, daß der technische Fortschritt ganz neue Dienstleistungsangebote schaffe und den Trend zur Dienstleistungswirtschaft auf die globalen Märkte ausweite.

Es komme nun darauf an, die großen Chancen, die sich für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze eröffnen, auch zu nutzen. Die Bundesregierung jedenfalls mache den Standort Deutschland fit für das kommende Dienstleistungs-Jahrhundert, indem sie z. B. Bahn, Post, Telekom und Lufthansa auf Privatisierungskurs gebracht habe.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Europa

Jean-Claude Juncker:
Der EURO kommt pünktlich am
1. Januar 1999. Seite 3

● Konjunktur

Herbstgutachten bestätigt EURO-
Kurs der Bundesregierung. Seite 4

● Landwirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit stärken -
Wettbewerbsverzerrungen
abbauen. Von Reimer Böge.
Seite 8

● CDU Sachsen

Der Bürger erwartet „Wahrheit
und Klarheit“ von der Politik.
10. Parteitag in Markneukirchen.
Seite 14

● Ideenbörse

Oberbürgermeister-Wahl in
Lahnstein - Haus-Canvassing
in Trier - EURO CAMP der
JU Bestwig. Seite 16-18

● Kurz und bündig

Argumente zum Abbau überflüs-
siger Bürokratie. Seite 21

● UiD Extra

Für CDU-Geschäftsführer: Zu-
sammenstellung bestehender Ver-
sicherungen und Rahmenabkom-
men mit der GEMA. Innenteil

Erste Lehrstühle für Existenzgründungen entstehen

Noch in diesem Wintersemester wird der erste vom Bonner Wirtschaftsministerium und der Deutschen Ausgleichsbank geförderte Existenzgründungslehrstuhl seine Arbeit aufnehmen.

Der erste Stiftungslehrstuhl entsteht an der hessischen European Business School. Damit wird eine Lücke in der Wissensvermittlung beim Thema Existenzgründung an den deutschen Hochschulen geschlossen. Existenzgründer aus dem akademischen Bereich sind besonders erfolgreich. Der Anteil der Hochschulabsolventen an den Existenzgründungen ist jedoch noch unzureichend.

Auch mit der Berliner Humboldt-Universität, der TU Dresden und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wird derzeit über die Einrichtung von Existenzgründungslehrstühlen gesprochen. An den Universitäten Köln und Mannheim sind bereits wissenschaftliche Assistentenstellen eingerichtet worden, die weitere Existenzgründungslehrstühle mit vorbereiten sollen.

Damit ist der Wettbewerb um die besten und umsetzungsfähigsten Konzepte zur Verbreitung des Existenzgründungsgedankens in der deutschen Hochschullandschaft eröffnet.

Fortsetzung von Seite 1

Mit dem am 1. August in Kraft getretenen Multimedia-Gesetz, ist Deutschland das erste Land in Europa mit einem soliden Fundament für neue Informations- und Kommunikationsdienste.

Unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß neue Beschäftigungschancen erschlossen werden können, sei auch ein Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft. Für die neue Dienstleistungskultur seien Tugenden wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Einsatzbereitschaft wieder gefragt.

Helmut Kohl: „Eigenverantwortung und Selbständigkeit müssen wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft haben.“

Denn auf allen Feldern seien entschlossene und innovative Unternehmer gefragt, die auf neue Technologien, neue Verfahren und neue Dienstleistungen setzen. Junge Menschen sollten bereits im Elternhaus, in der Schule und an den Hochschulen zu

mehr Eigeninitiative und zu mehr Wagnerbereitschaft ermuntert werden.

Die Einrichtung neuer Existenzgründerlehrstühle an Universitäten sei ein positives Beispiel dafür, wie sich der Gedanke unternehmerischer Selbständigkeit bereits in den Köpfen von Studenten verankern lasse.

Private Sponsoren herzlich eingeladen

Der Bundeskanzler lud private Sponsoren „herzlich“ dazu ein, sich an dieser Initiative der Bundesregierung zu beteiligen.

Neue Arbeitsplätze – so der Kanzler – seien die zentrale innenpolitische Aufgabe. Die Chancen dafür stünden gut. Denn das reale Wirtschaftswachstum in Deutschland werde nach Meinung der meisten Konjunkturexperten von zweieinhalb Prozent in diesem Jahr auf drei Prozent im nächsten Jahr steigen. Die Forscher rechneten mit einer Trendwende am Arbeitsmarkt im Frühjahr 1998.

Jean-Claude Juncker:

Der EURO kommt pünktlich am 1. Januar 1999

„Beeindruckende Fortschritte“ auf dem Weg zur Einhaltung der Konvergenzkriterien für den EURO hat der EU-Ratsvorsitzende Jean-Claude Juncker den EU-Ländern bescheinigt. „Diese geldpolitische Revolution wird pünktlich am 1. Januar 1999 stattfinden, auch gegen den Widerstand von EURO-Gegnern.“

Dazu ergänzte Juncker in einem Interview mit der ZEIT: „Auch wenn wir die Entscheidung erst nächstes Frühjahr auf der Basis der tatsächlichen Zahlen treffen: Große Abweichungen von der jetzigen Prognose wird es kaum mehr geben. Damit haben wir nun vierzehn potentielle Teilnehmer.“

Juncker betonte darüber hinaus: „Die Verschiebungsdebatte war wenig hilfreich. Denn sie schürte die Gefahr, daß einige Länder sich gemütlich in den Sessel zurücklehnen und in ihren Bemühungen um eine Sanierung der Staatsfinanzen nachlassen. Jetzt muß diese Debatte ein Ende haben.“

Weiter betonte Juncker in dem ZEIT-Interview, daß die gemeinsame europäische Währung ein wichtiges Instrument zur dauerhaften Sicherung des Friedens in Europa ist. „Die Währungsunion ist Friedenspolitik mit anderen Mitteln. Wer aber allein mit Krieg und Frieden argumentiert, wird den Menschen den EURO nicht näherbringen. Die Währungsunion stärkt Europa vor allem wirtschaftlich. Und durch den dauerhaften Konvergenzstreß wird es zu einer Feinabstimmung der Wirtschaftspolitik kommen, so daß wir auch der Politischen Union näherrücken.“

Juncker sieht in der Währungsunion eine positive Auswirkung auf die Beschäftigungslage in Europa. „Die Konvergenzkriterien haben in Europa zu einem edlen Wettbewerb solider Politik geführt. Dieselbe Methode will ich jetzt für die Beschäftigungspolitik – einen edlen Wettbewerb für mehr Jobs.“ ■

Kohl und Chirac für EURO:

Wer vertagt, versagt vor der Geschichte

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Präsident Jacques Chirac haben ihren Willen zur planmäßigen Einführung des EURO bekräftigt. „Wer vertagt, versagt vor der Geschichte“, sagte Kohl am 27. Oktober im lothringischen Hambach beim Start der Produktion des Kleinwagens Smart. Der EURO schaffe das Klima für mehr Arbeitsplätze

und Investitionen. Chirac bekräftigte seine Hoffnung auf eine stabile und solide europäische Einheitswährung: Der EURO sei „unerlässlich für Wachstum und Beschäftigung“. Mit Blick auf den EU-Beschäftigungsgipfel im November in Luxemburg fügte er hinzu, Europa müsse aber seine sozialen Errungenschaften verteidigen.

Herbstgutachten bestätigt den EURO-Kurs der Bundesregierung

Zum Herbstgutachten der großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute Deutschlands erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Eine wichtige Botschaft des Herbstgutachtens ist die Einschätzung der sechs führenden Forschungsinstitute, daß Deutschland die Kriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in 1997 und 1998 erfüllen wird. Dies schafft Investitionssicherheit und Vertrauen für unsere Wirtschaft und Bürger. Ein Budgetdefizit von 3,0% in 1997 und von 2,5% in 1998 untermauert den finanzpolitischen Konsolidierungskurs der Bundesregierung.

Die Einhaltung der Kriterien ist die Voraussetzung für einen termingerechten Start der Währungsunion zum 1.1.1999. Die Dauerdiskussion über die Erreichung bzw. Verfehlung der Maastricht-Kriterien sollte damit endgültig beendet sein. Mit dieser Planungssicherheit für Unternehmen und Bürger wird es in Deutschland gelingen, die letzten verbleibenden Monate bis zum Starttermin 1.1.1999 sinnvoll zu nutzen.

Bei den Unternehmern und beim Staat bleibt noch viel zu tun. Packen wir die vor uns liegenden Aufgaben an, statt akademische Diskussionen über das Warum, Wann und Wie dieses wichtigen Schrittes zur Vollendung eines gemeinsamen Europas zu führen.

Besonders erfreulich ist die Einschätzung der Forschungsinstitute hinsichtlich des Wirtschaftswachstums in Deutschland. In 1997 ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,4% (real) und in 1998 um 2,8% zu rechnen. Die Prognose des Frühjahrsgutachtens wurde damit für bei-

de Jahre nach oben korrigiert. Deutschland liegt damit über dem Durchschnitt von Frankreich, Italien und Großbritannien (2,2% bzw. 2,6%).

Allen Wehklagen zum Trotz zeigt dies, daß das Wirtschaftswachstum in Deutschland auf einer soliden Basis steht. Auch der derzeitige "Börsencrash" sollte diese positiven Konjunkturaussichten nicht in Frage stellen. Hier besteht kein Grund zur Panik, da es sich bei dem Kursrutsch der letzten Tage lediglich um eine Korrektur überhöhter Kurse handelt.

Als Fazit bleibt festzuhalten:

Deutschland erfüllt die Maastricht-Kriterien, und die Zeichen für einen konjunkturellen Aufschwung nehmen weiterhin zu. Aber die Beschäftigungslage bleibt weiterhin ernst. Deshalb müssen die Reformbemühungen nach den Bundestagswahlen mit der bestehenden Koalition unvermindert fortgesetzt werden.

Auf dem richtigen Weg

Zum Herbstgutachten erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Replik:

Das Scheitern der von der Koalition auf den Weg gebrachten großen Steuerreform ist Gift für den Arbeitsmarkt. Nach Meinung der Institute wurde damit die Chance vertan, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Deutlicher kann die Blockadepolitik der SPD zu Lasten der Arbeitslosen nicht verurteilt werden: Unsozial ist, was Arbeitsplätze verhindert. Deshalb müssen die Tarifpartner auch im nächsten Jahr an einer moderaten Lohnpolitik festhalten, die sich am Produktivitätsfortschritt orientiert.

CDU/CSU und UDF:

Gemeinsam für Europa

Aus Anlaß des Parlamentariertreffens zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der UDF am 27. Oktober in Bonn erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble und der Vorsitzende der UDF, François Léotard:

Mit den regelmäßigen Arbeitstreffen zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der UDF wollen wir einen Beitrag zum Aufbau europäischer Parteistrukturen leisten, die beide Seiten für notwendig erachten. Sie dienen der Abstimmung unserer Positionen in den zentralen Politikbereichen, bei der wir auch dieses Mal wieder eine große Übereinstimmung festgestellt haben.

Wir freuen uns über die Fortschritte, die in den letzten Monaten auf dem Weg zur Verwirklichung der gemeinsamen Währung gemacht wurden. Sie stellt eine neue und entscheidende Etappe beim Aufbau Europas dar. Wir begrüßen, daß alle Mitgliedstaaten der EU große Anstrengungen zur Erfüllung der Kriterien für die Währungsunion unternommen haben, daß Europa dadurch eine Stabilitätsunion geworden ist und die Währungsunion damit zum 1. Januar 1999 unter voller Einhaltung der Stabilitätskriterien in Kraft treten kann. Dieser Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch nach diesem Datum strukturelle Reformen notwendig sind, um die Stabilitätspolitik nachhaltig abzusichern und die Voraussetzung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Es ist gut, daß es in der Frage der Wirtschaftskoordination zu einer deutsch-französischen Einigung gekommen ist, die den Partnern als gemeinsamer Vorschlag unterbreitet wird.

Unserer Ansicht nach enthält der Amsterdamer Vertrag zahlreiche positive Elemente, insbesondere die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Fortschritte, die im dritten Pfeiler bei der Justiz und der inneren Sicherheit erreicht wurden. Diese Elemente rechtfertigen die Ratifizierung des Vertrages in den nationalen Staaten der Europäischen Union. Wir bedauern jedoch, daß die intergouvernementale Konferenz beendet wurde, ohne daß wesentliche Reformen, die für den Erfolg der Erweiterung notwendig sind, durchgeführt wurden. – Dabei handelt es sich insbesondere um Reformen im Hinblick auf die Zusammensetzung und Organisation der Kommission, die Modalitäten der Arbeitsweise des Ministerrates, vor allem der Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung, um die Modernisierung des Finanzrahmens sowie um die notwendige Flexibilisierung, die für die weitere Entwicklung der institutionellen Mechanismen notwendig sind.

Der Hebel für die Vertiefung

Unsere beiden Delegationen hatten bereits einige dieser Forderungen anläßlich ihres Treffens am 6. März in Paris formuliert. Wir sind der Ansicht, daß diese Reformen, deren Annahme Voraussetzung für die Erweiterung sind, so schnell wie möglich durchgeführt werden müssen. Unserer Ansicht nach stellen die institutionellen Reformen keinen Hemmschuh für die Erweiterung dar, im Gegenteil: die Perspektive der Erweiterung muß der Hebel für die Vertiefung sein. Es handelt sich um ein doppeltes Ziel, das solidarisch erreicht werden muß. Wir erwarten, daß der Europäische Rat der Staats- und

Rechtschreibung kann nicht abschließend fixiert werden

Zur Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz über die Rechtschreibreform vom 23./24. Oktober erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler Anton Pfeifer:

Der Entscheidung der Ministerpräsidenten, im Streit um die Rechtschreibreform eine politische Lösung anzustreben und die Entscheidung hierüber nicht dem Bundesverfassungsgericht zu überantworten, ist nachdrücklich zu begrüßen. Nach dem Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz ist es nun Aufgabe der Kultusministerkonferenz, dafür zu sorgen, daß die eingesetzte Expertenkommission sich mit den wichtigsten Einwendungen gegen die vorliegenden Vorschläge befaßt und ihre Arbeit schnellstmöglich abschließt. Die Beschleunigung dieser Arbeit ist auch im Hinblick auf die anstehenden Beratungen im Deutschen Bundestag über den Gruppenantrag zur Rechtschreibung wünschenswert.

Sobald die Länder sich auf eine einheitliche Linie für das weitere Vorge-

hen verständigt haben, ist die Bundesregierung zu Gesprächen mit den Ländern bereit. Diese Bereitschaft hat die Bundesregierung bereits mehrfach bekundet.

Bei der weiteren Behandlung des gesamten Themenkomplexes ist darüber hinaus Wert darauf zu legen, daß sich Sprache – in ihrer mündlichen wie in ihrer schriftlichen Form – in einem fortgesetzten Entwicklungsprozeß mit ständigen Änderungen befindet. Dies war zu jedem Zeitpunkt in der Vergangenheit der Fall; das wird auch in Zukunft so sein. Ich erinnere beispielsweise daran, daß der Duden z. B. in seiner ersten Auflage nach der Wiedervereinigung 5.000 neue Wörter aufnahm und auch in nahezu jeder vorherigen Auflage zahlreiche Änderungen nicht nur am Wortschatz, sondern auch bei der Anpassung an das tatsächliche Schreibverhalten vorgenommen hatte. Es wäre völlig verfehlt zu glauben, Rechtschreibung könne abschließend fixiert werden.

Regierungschefs umgehend und eindeutig dafür notwendige Anstrengungen unternimmt.

Die Erweiterung der EU ist für das Zusammenwachsen des Kontinents von strategischer Bedeutung. Das Aufnahmeverfahren muß allen Beitrittskandidaten eine faire Chance bieten und sie zu weiteren Reformanstrengungen ermutigen. Wichtiger als die zur Zeit diskutierten Modelle – kleine Gruppe, Startlinienmodell, Europa-Konferenz – ist die jeweils individuell mit den einzelnen Kandidaten abgestimmte Begleitstrategie der EU.

Wir begrüßen, daß die Staats- und Regierungschefs am 21. November zu einem Beschäftigungsgipfel zusammenkommen. Dieser muß dazu führen, daß gemeinsame Initiativen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das wichtigste wirtschaftliche und soziale Problem, ergriffen werden. Es gilt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und strukturelle Reformen durchzuführen, durch die Arbeit und Produktkosten wieder billiger, die Arbeitsmärkte flexibler gestaltet, die Ausbildung verbessert und Innovationen gefördert werden.

Wandel zu einer Gesellschaft des Wiederverwertens

Bundesumweltministerin Angela Merkel sieht die Bundesrepublik auf einem Weg „von der Wegwerfgesellschaft in eine Gesellschaft des Wiederverwertens“.

In einer Einjahresbilanz des Kreislauf- und Abfallwirtschaftsgesetzes erklärte die Ministerin bei der Eröffnung der Messe „Recycla“ in Stuttgart, daß amtliche Abfallstatistiken für dieses erste Jahre zwar noch nicht vorlägen, aber der Trend schon deutlich erkennbar sei: Vermeidung von Abfällen vor allem in der Produktion und

Verwertung von Abfällen in praktisch allen Bereichen. Dies bestätigten auch Betreiber von Deponien und Müllverbrennungsanlagen, die über zu geringe Auslastung klagten.

240 000 neue Arbeitsplätze

Die Ministerin machte außerdem darauf aufmerksam, daß die Kreislaufwirtschaft 240.000 neue Arbeitsplätze geschaffen habe. Die Entsorgungsbranche mit einem Umsatz von 80 Milliarden Mark pro Jahr sei damit zu einem wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor geworden.

Innovationen in Wirtschaft

und Gesellschaft

Zu diesem Thema findet am 10. November im Kongreß-Zentrum in Hannover ein Zukunftsforum statt. Zu dieser Veranstaltung hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen.

Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, **Christian Wulff**, wird über den Weg Deutschlands „in die Informationsgesellschaft“ sprechen. Das Thema der Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesbildungsminister, **Bernd Neumann**, wird sein: „Innovationspolitische Akzente für die Wissensgesellschaft“.

Stephan Eisel, Leiter der politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung: Wir möchten auf diesem Zukunftsforum die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien erörtern und deren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft zur Diskussion stellen.

Die Zukunft der deutschen

Landwirtschaft

Unter diesem Motto hat Generalsekretär Peter Hintze zu einem Agrarkongreß eingeladen.

Der Kongreß findet am Donnerstag, den 20. November, in der Osnabrücker Stadthalle statt.

Zur Eröffnung des Kongresses spricht der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, **Christian Wulff**. Über Perspektiven der Agrarpolitik spricht Bundeslandwirtschaftsminister **Jochen Borchert**, zum Thema Politik für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge.

Generalsekretär Peter Hintze: Die CDU möchte mit den Landwirten darüber diskutieren, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussieht und wie die Herausforderungen an sie gemeistert werden können.

Wettbewerbsfähigkeit stärken – Wettbewerbsverzerrungen abbauen

Mit seinem Beschluß „Wettbewerbsfähigkeit stärken – Wettbewerbsverzerrungen abbauen“ will der Bundesfachausschuß Agrarpolitik der CDU den Startschuß für eine Standortsicherungs- und Kostentlastungsoffensive für die deutsche Landwirtschaft geben.

Aufgefordert sind vor allen Dingen Länder und Kommunen, auch im Agrarbereich Vorschriften zu durchforsten, Genehmigungsverfahren zu straffen, Gebühren und Kosten zu reduzieren und Fördermittel effizient einzusetzen.

Es darf nicht länger die Realität sein, daß ein Landwirt in Niedersachsen noch um seine Baugenehmigung für die Stallerweiterung ringen muß, während sein Kollege in Dänemark oder in den Niederlanden bereits die ersten ausgemästeten Schweine aus dem neuen Stall verkauft. Die Landwirtschaft selbst muß ebenfalls Anstrengungen in Ausbildung, in Vermarktung und Verarbeitung ihrer Produkte unternehmen und neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Warenterminbörse, zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit nutzen.

Die CDU sieht nicht länger zu, wie rote oder rot/grüne Landesregierungen und Kommunalpolitiker Investitionen in der Landwirtschaft verhindern und ihre Wettbewerbsposition schwächen. Es nützt nichts, wenn Verfahrenserleichterungen zum Beispiel im Baurecht im Gesetz stehen, wenn der Verwaltungsvollzug vor Ort die Spielräume zur Verfahrensbeschleunigung nicht ausnutzt.

Es darf in Deutschland nicht länger sein, daß man im Saarland für die Errichtung des Weidezauns eine Baugenehmigung braucht und in Hessen die Genehmigungs-

gebühren für Investitionen in Tierhaltungsanlagen so hoch sind, daß sie einschließlich der notwendigen Gutachten 25 Prozent der Investitionssumme erreichen können. Daß es anders geht, sehen wir in anderen Bundesländern. Landwirtschaftliche Betriebsgebäude bis 250 m² sind in Bayern in spätestens ein bis zwei Monaten genehmigt.

Der CDU-Bundesfachausschuß zeigt mit seiner Standortoffensive, daß Kostentlastungen für die deutsche Landwirtschaft möglich sind. Es gilt, diese zu nutzen. Sie sind auch Voraussetzung dafür, daß der Agrarstandort Deutschland im Zuge weiterer Liberalisierung Zukunft haben kann.

**Von Reimer Böge, MdEP,
Vorsitzender des Bundesfach-
ausschusses Agrarpolitik**

Die Diskussion um die Agenda 2000 darf nicht dazu führen, notwendige Hausaufgaben in Deutschland zu vernachlässigen. Wenn von rot/grüner Seite der Rechtsanspruch auf Honorierung von Leistungen, die bedingt durch staatliche Auflagen über die gute fachliche Praxis hinausgehen, verweigert wird und die Bundesländer auf einer Anordnungsbefugnis von guter fachlicher Praxis bestehen, kann das für die deutsche Landwirtschaft strangulierender sein als WTO und GATT.

Den Beschluß im vollen Wortlaut können Sie bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle Agrarreferentin, Frau Hopp, bestellen: Tel.: 02 28/54 44 28, Fax: 02 28/5 44-2 06.

Beck-Vorschläge nicht akzeptabel

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Medienpolitik, Staatsminister Anton Pfeifer, erklärte zum Beschluß der Ministerpräsidenten zur exklusiven Live-Übertragung von Sportereignissen mit besonderem öffentlichen Interesse:

Im Sinne der Fernsehzuschauer und des Sports war es wichtig, daß die Ministerpräsidentenkonferenz den für die sportinteressierten Bürger inakzeptablen Vorschlägen ihres Rundfunkbeauftragten, Ministerpräsident Kurt Beck, nicht gefolgt ist. Es war von vorneherein weltfremd zu glauben, daß sich eine Regelung durchsetzen ließe, wonach z. B. die Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft bei Welt- und Europameisterschaften nur für Zuschauer übertragen werden, die bereit sind, dafür im Pay-TV extra zu bezahlen. Der nun von den Ministerpräsidenten gefaßte Beschluß eröffnet die Möglichkeit zu Vereinbarungen, die für alle Beteiligten

eine befriedigendere Lösung darstellen. Ganz entschieden wendet sich der Bundesausschuß Medienpolitik gegen Überlegungen einiger SPD-Ministerpräsidenten, die 20.00-Uhr-Werbegrenze im gebührenfinanzierten Fernsehen zu durchbrechen. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über die Frage, ob es nicht in vielerlei Hinsicht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sogar von großem Vorteil wäre, künftig generell auf Werbung zu verzichten, ist die CDU nachdrücklich der Ansicht, daß öffentlich-rechtliche Abendprogramme in jedem Falle werbefrei bleiben müssen.

Es wäre der völlig falsche Weg und würde dem auf Gebühren angewiesenen Rundfunk eher schaden, wenn er sich nun auch noch in den Abendstunden dem Werbeverhalten privater Programmanbieter anpassen würden, anstatt das eigene Programmprofil weiter zu schärfen.

Tragfähiges Konzept für Ost-Krankenkassen

Zu den in Bonn zwischen Bundesgesundheitsminister Seehofer, seinen ostdeutschen Kollegen und den Kassen erörterten Vorschlägen über das Gesundheitswesen in den neuen Ländern erklärten der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Krüger und die gesundheitspolitische Berichterstatterin Angelika Pfeiffer:

Die ostdeutschen Unionsabgeordneten begrüßen den zwischen Bundesgesundheitsminister Seehofer und seinen ostdeutschen Kollegen abgestimmten Vorschlag, den gesamtdeutschen

Risikostrukturausgleich bereits 1999 einzuführen. Auch daß in der Übergangszeit den Kassen eine beschränkte erhöhte Kreditaufnahme gestattet werden soll, entspricht genau den vor einigen Wochen vorgelegten Vorstellungen der Abgeordneten aus den neuen Ländern.

Besonders wichtig ist, daß bei der hier angestrebten Lösung Beitragserhöhungen im Gesundheitswesen in Ostdeutschland vermieden werden. Steigende Beitragssätze wären das falsche Signal zur falschen Zeit, da die Grenzen der Belastbarkeit bei Wirtschaft und Arbeitnehmern schon lange erreicht sind.

Das Projekt sichert bis zu 18 000 hochqualifizierte Arbeitsplätze

Zum Beschluß des Bundeskabinetts, der Beschaffung des Europäischen Jagdflugzeugs EF-2000 zuzustimmen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik und verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Ich begrüße nachdrücklich den Beschluß des Bundeskabinetts, der Beschaffung des EF-2000 zuzustimmen. Das Projekt ist sicherheitspolitisch wohl begründet. Ich erwarte deshalb eine breite Zustimmung im Deutschen Bundestag. Die sicherheitspolitische Prognose für Europa ist noch nicht genügend gefestigt. Langfristige Sicherheitsvorsorge verlangt, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Jagdflugzeuge werden für die Sicherstellung der Lufthoheit im Frieden über deutschem Gebiet und über Bündnisgebiet sowie für ein wirksames Krisenmanagement benötigt.

Das Gesamtvolumen von ca. 23 Milliarden DM für die Finanzierung von 180 Flugzeugen verteilt sich dabei über 2 Jahrzehnte. Die Jahresscheiben für die kommenden Haushaltsjahre wachsen – beginnend bei 847 Mio. DM in 1998 – in den Folgejahren in der Spitze auf ca. 1,5 Mrd. DM. Wenn der Verteidigungshaushalt, gemessen am Gesamthaushalt des Bundes, den ihm zustehenden, angemessenen Stellenwert behält und angemessen aufwächst, sind diese Belastungen verkraftbar.

Die Entscheidung zum Bau des EF-2000 sichert Deutschland auf Jahre hinaus den Erhalt technologischer Fähigkeiten und Kapazitäten in der Flugzeug- und Triebwerksindustrie. Dies erfolgt in einem breiten Spektrum (Radartechnik, Werkstoff-

technologie, Regelungstechnik, Aerodynamik, Meß- und Prüftechnik, Fertigungsverfahren usw.) und erhält uns die internationale System- und Kooperationsfähigkeit. Das Projekt sichert bis zu 18 000 hochqualifizierte Arbeitsplätze. Direkte und indirekte Steuerrückflüsse kommen unserem Land zugute und summieren sich einschließlich der Sozialabgaben auf ca. 70 % (d. h. ca. 16 Milliarden DM).

Aussagen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Scharping, daß das Jagdflugzeug keine Priorität besitze, auch keine Arbeitsplätze sichere und statt dessen ein Transportflugzeug gebaut werden solle, sind sowohl sicherheits- und verteidigungspolitisch unsinnig als auch bewußt irreführend. Ein Jagdflugzeug wie der EF-2000 hat mit einem Transportflugzeug absolut nichts zu tun! Scharpings Argumente werden im übrigen von den Verteidigungspolitikern seiner Partei auch nicht geteilt.

Nagelprobe bestanden

Mit der Einführung des Eurofighters wird gezeigt, daß der Kern der europäischen Nato-Länder in der Lage ist, eigenständig neue Großsysteme zu entwickeln und auch in Betrieb zu nehmen. Das ist mehr als ein Zeichen industrieller Stärke. Es ist ein Beweis dafür, daß die Europäer (voran die Deutschen) ihre Verantwortung für die Sicherheit ihres Kontinents wahrnehmen. Das war von den USA immer wieder gefordert worden. Nun geht es auf ihre Kosten, amerikanische Flugzeuge werden durch europäische ersetzt. Der Eurofighter galt als Nagelprobe für Europas Willen zu eigener Stärke. Vorläufig sieht es so aus, als ob diese Nagelprobe bestanden wäre.“

„Standard“, Wien

Die elternunabhängige Auszahlung eines Sockelbetrags wird abgelehnt

Zur Reform des Bafög erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Die Chancen für eine Bafög-Reform noch in dieser Legislaturperiode stehen gut. Nach den Ergebnissen neuester, von Bund und Ländern in Auftrag gegebener Berechnungen läßt sich eine Reform unter Beibehaltung der jetzigen Struktur des Bafög kostenneutral so realisieren, daß die Bafög-Empfänger rund 6% mehr Geld bekommen und die Einkommensbemessungsgrenzen der Eltern um den gleichen Prozentsatz angehoben werden können.

Grundlage ist das sogenannte „Bayern-Modell“, das die steuerliche Entlastung von Eltern mit studierenden Kindern durch ausbildungsbezogenes Kindergeld/Kinderfreibetrag und Ausbildungsfreibeträge auf die Fälle beschränkt, in denen sich das Kind in einem dem Grunde nach Bafög-förderungsfähigen Studium befindet. Die elternunabhängige Auszahlung eines Sockelbetrages – 350 DM bis 400 DM pro Monat sind in Diskussion –, wie sie das von den Ländern favorisierte Drei-Körbe-Modell vorsieht, wird abgelehnt, da es einen Eingriff in die Eigenständigkeit der Familie bedeutet. Jeder Studierende, der das Zeug dazu hat, soll unabhängig von seiner sozialen Herkunft studieren können. Aber es ist nicht einseh-

bar, daß allen Studierenden unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Sockelbetrag in vorgenannter Höhe monatlich gezahlt wird.

Die Studienförderung muß an strenge Leistungskriterien gebunden sein. Diese dürfen nicht nur für Bafög-Empfänger gelten. Das Bayern-Modell sieht deshalb vor, für Studierende nur noch dann Kindergeld

Die Reform läßt sich kostenneutral realisieren. Sie sollte im nächsten Jahr wirksam werden.

sowie die steuerlichen Freibeträge zu gewähren, wenn diese ebenso wie die Bafög-Geförderten regelmäßig die geforderten Leistungsnachweise erbringen. Des weiteren soll das Bafög einschließlich der Kindergeld- und Freibeträge nur noch in der Regelstudienzeit, d. h. für 8 bis 9 Semester, gezahlt werden.

Um das „Bayern-Modell“ realisieren zu können, ist eine Änderung des Unterhaltsrechts erforderlich. An die Justizminister des Bundes und der Länder wird deshalb appelliert, diese Änderung zügig vorzunehmen, damit die Reform im nächsten Jahr wirksam werden kann. Aus Sicht der Betroffenen, nämlich der Studierenden, kommt es darauf an, daß sich ihre finanzielle Lage rasch bessert.

Inflationsrate im Oktober auf 1,7 Prozent zurückgegangen

Die jährliche Teuerungsrate ist im Oktober nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes in Westdeutschland auf 1,7 von 1,8 Prozent im Vormonat zurückgegangen. Dies teilte das Bundesamt in Wiesbaden mit. Die Prognose basiert auf den bislang vorliegenden Ergebnissen für die Verbraucherpreise aus vier Bundesländern.

Verkehrstelematik

Der Durchbruch ist geschafft

Auf dem 4. Weltkongress für Verkehrstelematik in Berlin wird eine kleine Revolution erkennbar. Die aktuelle Entwicklung der Verkehrstelematik im Straßenverkehr muß so bezeichnet werden.

Allen Unkenrufen nach noch mehr Unterstützung durch den Staat zum Trotz haben die Telekommunikationsunternehmen mehrstellige Millionenbeträge in den Aufbau einer durchgängigen Infrastruktur investiert. Allen voran sind hier Mannesmann Autocom und auch Tegarom (Deutsche Telekom/debis) zu nennen. Diese Unternehmen haben eine eigenständige „Gesellschaft für Verkehrsdaten (ddg)“ gegründet. Die ddg sammelt aktuelle Verkehrsdaten durch Sensoren, die entlang der deutschen Autobahnen installiert sind. Ergänzt werden diese Daten durch Daten aus Fahrzeugen, die am Verkehrsgeschehen teilnehmen.

Über die GSM-Mobilfunknetze und das weltweite Satellitensystem GPS werden diese anonymen Daten an die Zentrale weitergeleitet und dort laufend ausgewertet und an die Kunden weitergeleitet. Die entsprechenden telematischen Endgeräte werden für den Nutzer dieses flächendeckenden Systems zum Preis eines guten Autoradios zu erwerben sein. Voraussehbare Staus, Pannenservice und eine dynamische Routenplanung werden für jeden erschwinglich sein! Hierfür wird auch der Wettbewerb zwischen den Anbietern dieser Dienstleistungen sorgen.

Was zeigt diese Entwicklung?

Die Politik der Bundesregierung, Grundlagenforschung zu unterstützen (Bundesminister Jürgen Rüttgers) und koordinierend

einzuwirken (Bundesminister Mathias Wissmann: Wirtschaftsforum Verkehrstelematik) war die einzig richtige. Warum?

1. Die deutsche Wirtschaft hat das Potential der Verkehrstelematik klar erkannt und wird europaweit diesen Markt beherrschen.
2. Die Investitionen in die Infrastruktur werden von den Unternehmen finanziert.

**Von Georg Brunnhuber,
verkehrspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**

so daß der Staat hier keinerlei Belastungen hat. Subventionen sind immer nur die zweitbeste Lösung!

3. Das Potential für den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen ist sehr groß. Mittelfristig wird dies den angespannten Arbeitsmarkt entlasten.

Ökologische Vorteile

All denen, die vielleicht jetzt schon wieder bemängeln, daß der technische Fortschritt doch auch für die Schiene und für den öffentlichen Personennahverkehr genutzt werden müßte, möchte ich folgendes sagen:

Der motorisierte Individualverkehr ist der Verkehrsbereich, in dem über 80% der Verkehrsleistung erbracht werden. Wenn dieser Verkehr effizienter organisiert werden kann, so hat dies enorme ökonomische und ökologische Vorteile. Hierfür ist die Verkehrstelematik ein hervorragendes Instrument.

Strassenbenutzungsgebühren

Die Chance zur Harmonisierung wurde erneut vertan

Es ist höchste Zeit, daß die seit 1995 geltenden Sätze für die Straßenbenutzungsgebühren angemessen erhöht werden, damit auch gerade die Lkw-Unternehmen aus Drittstaaten an den Unterhaltskosten für die Autobahnen innerhalb der Europäischen Union beteiligt werden.

Diese Aussage vertrat der verkehrspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Georg Jarzembowski** nach einer Sitzung des Verkehrsministerrats am 9. Oktober in Luxemburg. Es sei völlig unverständlich, daß der seit 1996 vorliegende Entwurf der Europäischen Kommission für die Veränderung der Straßenbenutzungsgebühren, zu dem das Europäische bereits am 17. Juli Stellung genommen habe, dem Verkehrsministerrat nicht einmal wert genug gewesen sei, auf seine Tagesordnung gesetzt zu werden.

„Es ist schon ein starkes Stück, wenn die EU-Verkehrsminister dieses für die Verwirklichung so entscheidende Thema nur beiläufig während des Mittagessens andiskutieren, ohne zu irgendeinem Ergebnis zu kommen“, so Jarzembowski. Er forderte daher den Verkehrsministerrat mit Nachdruck auf, spätestens bei der nächsten Sitzung im Dezember endlich einen gemeinsamen Standpunkt zu beschließen.

Jarzembowski bezeichnete es als einen politischen Fehler des Rates, die Veränderungen der Straßenbenutzungsgebühren vom Ergebnis der Verkehrsverhandlungen mit der Schweiz abhängig zu machen. Es sei nicht abzusehen, wann die Europäische Union sich mit der Schweiz – vor allem über den Alpentransit – einigen könnte,

auch wenn die Schweiz angekündigt habe, in den nächsten Tagen einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

„Wir brauchen jetzt eine Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühren, die nach Straßen- und Abgasbelastung gestaffelt sein muß. Einerseits muß der Lkw-Verkehr einen höheren Anteil am Unterhalt der Straßen tragen und andererseits soll mit der Staffelung ein Anreiz geschaffen werden, die Erneuerung der Fuhrparks zu fördern“, so Jarzembowski abschließend.

Personalie

Mit großer Mehrheit ist auf dem Kongreß der Europa-Union Deutschland in Worms der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Europä-



schen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**, zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der 52jährige niedersächsische Europapolitiker folgt **Egon A. Klepsch**, dem früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments, der nach achtjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Egon A. Klepsch wurde zum Ehrenpräsidenten berufen.

Der Bürger erwartet „Wahrheit und Klarheit“ von der Politik

Die Erleichterung war deutlich zu spüren, als der 10. Landesparteitag der Sächsischen Union am 25. Oktober im kleinen südsächsischen Städtchen Markneukirchen mit 86 Prozent der Stimmen entschied: Der alte und neue Landesvorsitzende heißt Fritz Hähle.

Mit einer beeindruckenden persönlichen Botschaft, weit von seinem Redekonzept entfernt, erreichte er die Herzen der Delegierten: „Menschlich miteinander umgehen!“ Vertrauenswürdigkeit sei ihm wichtiger als Perfektion. Er fühle sich geehrt, daß die „Stuttgarter Zeitung“ ihn als „ehrliche Haut“ bezeichnete, unauffällig und auf Harmonie bedacht. Hähle ließ keinen Zweifel daran, daß er nicht vorhabe, sich von diesem Bild zu entfernen.

„Sie kriegen nur diesen Fritz Hähle und keinen anderen“, ließ er die Delegierten wissen. „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, das sei nicht seine Sache.

„Anfrage an Sender Jerewan: Besitzt der Ministerpräsident eine Trompete? Im Prinzip ja, aber es ist nur die Posaune des Landesverbandes“ – mit diesem Selbstporträt errang Hähle die Aufmerksamkeit der Versammlung, der er die Aufgabenstellung der Partei für die Jahre 1999 bis 2004 skizzierte: Vorüberlegungen für das Wahlprogramm der Landtagswahlen 1999.

Er gab der Partei auf den Weg, bis zum Frühjahr 1998 einen Entwurf für dieses Programm zu erarbeiten, der auf dem Landesparteitag im nächsten Herbst das Votum der Delegierten erhalten soll.

Auch die Arbeit des Generalsekretärs Steffen Flath, der seit zwei Jahren die Strukturen des sächsischen Landesverbandes auf die bevorstehenden Wahlkämpfe vorbereitete, wurde mit einem ordentlichen Wahler-

gebnis von 81 Prozent honoriert. Funktionierende Kreisverbände seien die Stärke der Sächsischen Union, so schätze er das Ergebnis seines Bemühens ein. Nachholbedarf sieht Flath jedoch bei den Ortsverbänden.

Ministerpräsident Kurt Biedenkopf brillierte in seiner fast einstündigen Rede mit seinem routinierten Vorlesungsstil. Er dankte Fritz Hähle dafür, daß er die Partei immer wieder an ihr Werteverständnis erinnere, welches wie eine Landkarte bei allem, was geschehe, nicht aus dem Auge verloren werden dürfe, damit den Menschen das Vertrauen in die Führung erhal-

Eine Parteispitze mit großer Verantwortung für kommende Wahlkämpfe

ten bleibe. Die Basis „Vertrauen“ sei die solideste Basis, die es gebe. „Wahrheit und Klarheit“ erwarte der Bürger von der Politik.

Politische Führung sei Dienstleistung am Bürger. Politiker hätten die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Bürger die Aufbauleistung erbringen könne. Deshalb habe auch der Bürger und nicht der Politiker die Erfolge des Landes erarbeitet. Aufgabe der Politik sei es daher, in aller Bescheidenheit, aber auch mit aller Entschlossenheit die Arbeit an den Rahmenbedingungen für die Zukunft fortzusetzen.

An die Bundesregierung richtete Biedenkopf die Botschaft, mit der öffentlichen Darstellung über Ost-Transferleistungen behutsamer umzugehen. Wir sollten von Transferleistungen gesamtdeutsch reden, nicht west-ost-orientiert. Es sei nicht hilf-

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Rezeptionsgeschichte haben zum Entstehen einer an rechtsstaatlichen, demokratischen und humanitären Prinzipien orientierten europäischen Identität beigetragen. Teil der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz ist es, diesen Widerstand darzustellen und seine Bedeutung für die politische Kultur in verschiedenen europäischen Ländern zu veranschaulichen.

Ein Bildungsangebot, das in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung verdient:

Veranstaltung Nr. 282

Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Europa – Grundlagen europäischer Einigungsbestrebungen und politischer Traditionsbildung nach 1945

Internationale Fachtagung für Lehrerinnen und Lehrer

6. – 9. November 1997

Arbeitsschwerpunkte:

- Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Europa
- Widerstand und Nachkriegseuropa – Erfahrungen von Zeitzeugen
- Der europäische Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Thema im Schulunterricht

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling

reich, den Bau einer Autobahn in Sachsen als Transferleistung zu bezeichnen, den Bau einer dritten Autobahnspur in Bayern jedoch nicht. Erneut mahnte der Ministerpräsident die Reform der Sozialsysteme an. Diese ausschließlich über Beiträge aus dem Arbeitseinkommen zu finanzieren, sei eine Überbelastung für den Arbeitsmarkt.

Generalsekretär Peter Hintze, der als Vertreter der Bundesprominenz als Hauptredner auftrat, sparte nicht mit anererkennenden Worten. „Der Erfolg der Sächsischen Union ist aufs engste verbunden mit der Person Biedenkopf“: er sei ein „großartiger Ministerpräsident“, gab er dem Parteitag zu Protokoll, die Sächsische Union sein „Markenzeichen für Erfolg“ in der CDU Deutschlands.

Eine deutliche Absage erteilte Peter Hintze einem möglichen Linksbündnis mit der PDS auf Bundesebene: „Kein deutscher

Bundeskanzler darf von den Stimmen der SED-Nachfolgepartei abhängig sein.“

Mit größter Spannung wurde die Wahl der drei weiteren Stellvertreter erwartet. Die Landtagsabgeordnete Christine Weber aus dem Mittleren Erzgebirgskreis konnte sich mit der höchsten Stimmenzahl als einzige im Amt behaupten, gefolgt vom Innenminister a.D. Heinz Eggert und dem Vorsitzenden der Chemnitzer CDU-Stadtratsfraktion, Gerhard Schultz, Newcomer und einziger Kommunalpolitiker im Präsidium. Auf den neuen Landesschatzmeister Jürgen Schwarz wartet die besonders verantwortungsvolle Aufgabe, die Partei finanziell durch die Wahlkämpfe zu manövrieren. Die Zusammensetzung des Landesvorstandes läßt auf eine Sacharbeit hoffen, die den zu erwartenden Anforderungen der nächsten zwei Jahre gerecht wird.

Oberbürgermeisterwahl in Lahnstein

Peter Labonte: 59,3 Prozent bereits im ersten Wahlgang

Am 21. September fand in Lahnstein (Rheinland-Pfalz) die erste Urwahl eines Oberbürgermeisters statt. Die Lahnsteiner CDU hat es mit ihrem Kandidaten Peter Labonte geschafft, bereits im ersten Wahlgang gegen drei weitere Bewerber mit einem Stimmenanteil von fast 60 Prozent zu gewinnen.

Zum Vergleich: Bei den letzten Kommunalwahlen 1994 erhielt die CDU rund 31 Prozent der Stimmen. Der jetzige Erfolg ist der Lahnsteiner CDU nicht einfach in den Schoß gefallen, ihm ging eine zielstrebige Planung voraus.

Kandidatenaufstellung

Ziel der Union war es, frühestens sechs Monate vor der Wahl einen Kandidaten zu benennen, damit dieser nicht in einer zu langen Phase bereits demontiert werden konnte. Von der Presse hat sich die Partei in dieser Phase nicht zu einer vorzeitigen Kandidatenaufstellung drängen lassen.

In einem Seminar mit Vorstand und Fraktion wurde ein Anforderungsprofil an den zukünftigen Oberbürgermeister erstellt. Das Anforderungsprofil wurde sämtlichen Kandidaten vorher zugeschickt, so daß sie sich auf ihr Bewerbungsgespräch vorbereiten konnten. Im Anschluß an die Vorstellung wurde in geheimer Wahl der Oberbürgermeisterkandidat bestimmt.

Eine Woche nach der Bewerberauswahl fand eine Mitgliederversammlung des Stadtverbandes statt. Der von Vorstand und Fraktion benannte Kandidat Peter Labonte – bis dahin völlig unbekannt – wurde nahezu einstimmig gewählt.

Wahlkampfstrategie

Angelehnt an den erfolgreichen Wahlkampf von Andreas Renner für das Oberbürgermeisteramt in Singen 1993 wurde folgende Konzeption aufgestellt:

- Bildung eines Wahlkampfausschusses, der nach Absegnung des Grundkonzeptes und des Kostenrahmens selbständig arbeitet.
- Herausarbeiten der Pluspunkte des eigenen Kandidaten und der jeweiligen Stärken und Schwächen der anderen Kandidaten/Mitbewerber.
- Nach außen tritt nicht die Partei, sondern eine Bürgeraktion auf und steht hinter dem Kandidaten; der Bürgeraktion gehören Personen aller Altersgruppen und Berufsschichten an. Wichtig ist, daß diese Personen nicht direkt mit der CDU in Verbindung gebracht werden (führte anfangs zu Problemen innerhalb des Wahlkampfausschusses).

Partei aktiv

- Permanente Pressearbeit vor allem in der örtlichen Wochenzeitung, die kostenlos an alle rund 9.900 Haushalte der Stadt verteilt wurde. Dabei gab es ab der Mitgliederversammlung keine Ausgabe (27 Wochen lang) ohne einen Artikel mit dem Kandidaten.
- Anzeigen in Vereinsheften: Ab der Kandidatur gab es keine CDU-Anzeige mehr, ausschließlich Kandidatenanzeigen – Peter Labonte.
- Haus-Canvassing: das Canvassing wurde nach einem sorgfältig abgestimmten Terminplan flächendeckend in der Stadt durchgeführt mit den Schwerpunkt-

Haus-Canvassing der CDU-Stadtratsfraktion Trier

Viele Bürgerinnen und Bürger haben oft das Bedürfnis, den politisch Verantwortlichen einmal ganz spontan, ohne formalen Anruf, ohne formalen Besuch oder Brief zu sagen, wo sie der Schuh drückt, was sie für gut finden oder auch nicht, wo sie Verbesserungsvorschläge haben usw., oder einfach einmal ein ganz persönliches Gespräch mit ihnen zu führen.

Die CDU-Stadtratsfraktion Trier und der Vorsitzende Christoph Böhr glauben, daß es auf diesem Wege leichter fällt, über dieses und jenes zu sprechen, auf Mißstände hinzuweisen, die man weder telefonisch noch brieflich schildern kann, die man einfach gesehen haben muß, damit nach Lösungen gesucht werden kann. Oft sind es Kleinigkeiten, die die Bürger ärgern, ohne daß deswegen immer gleich ein persönliches Gespräch mit dem Ratsmitglied gesucht wird.

Genau das waren die Überlegungen

für die CDU-Fraktion in Trier, in unregelmäßigen Abständen Hausbesuche in vorher ausgewählten Straßen durchzuführen und die Bürger persönlich anzusprechen. Damit die Bürgerinnen und Bürger vorher von dem Besuch erfahren, wird in diesen Straßen eine entsprechende schriftliche Terminankündigung verteilt.

Die Terminankündigung ist in Form eines Türanhängers gestaltet und sie enthält eine Auflistung kompetenter Themen, die in diesem Stadtviertel gerade anliegen.

An einem Besuchstag kommen ca. 650 persönliche Kontakte zustande. Die Ratsmitglieder gehen dann in Zweiergruppen von Haus zu Haus. Alle Anregungen der Bürger werden vor Ort durchgesprochen und in entsprechenden Briefen an die Stadtverwaltung aufgearbeitet. Der jeweilige Bürger wird über die Ergebnisse schriftlich unterrichtet.

gebieten, in denen die CDU stark ist. Dem Kandidaten gelang es dabei, rund 4.000 Haushalte zu besuchen. Begleitet wurde er dabei meist von einem Parteimitglied, das die Vorstellung übernahm.

● **Veranstaltungen:** Alle Einladungen wurden vorher besprochen; wenn die CDU teilnahm, sprach immer der Kandidat für die Partei (Grußworte, Jubiläen)

Wahlkampfmaterial

● **Prospekte:** Zusatznutzen Stadtplan.
 ● **Plakate:** Erstes Plakatieren einen Monat nach Aufstellung des Kandidaten (Kandidatenplakat; Kandidatenplakat mit Text; Textplakate).

● **Aktion:** Verteilung von Marmelade an einem Samstagmorgen vor allen Lahnsteiner Bäckereien. Das Ziel war, Stadtgespräch zu werden.

● **Brief:** am Freitag vor der Wahl.

● **Anzeigen:** sieben Wochen vor der Wahl regelmäßig halbseitige Anzeigen in der örtlichen Zeitung; Absender immer die Bürgeraktion.

Eine erste Wahlanalyse ergab, daß ein Großteil des Erfolges auf der Vielzahl der durchgeführten Hausbesuche beruht. Auch kam das Textplakat mit folgenden Worten sehr gut an: Der neue Mann muß von außen kommen, damit er alle Aufgaben unbefangen, objektiv und frei von persönlichen Bindungen angehen kann. ■

EUROCAMP: Wenn alles klappt, dann auch wieder im nächsten Jahr

„Das war mit Abstand die beste Aktion, die wir je gemacht haben“, darin waren sich die Mitglieder der Jungen Union Bestwig einig. 87 Jugendliche aus ganz Europa haben vom 2. bis 9. August im Sauerland eine gemeinsame Woche verbracht, die alle Erwartungen der Veranstalter voll erfüllte.

Auch die Gäste, überwiegend Mittel- und Osteuropäer, waren von Lageratmosphäre und Programm vollauf begeistert. Und die JU Bestwig hatte sich einiges für diese Woche vorgenommen: Fahrten nach Bonn und Düsseldorf mit Besichtigung der Parlamente und Diskussionen mit den Abgeordneten, ein Besuch im Freizeitpark Fort Fun, die Besichtigung der Warsteiner Brauerei und das Kennenlernen der näheren Umgebung standen tagsüber auf dem Programm.

Abends wurde engagiert diskutiert. Gut vorbereitet zeigten sich die Teilnehmer über die Europäische Union, insbesondere über die Osterweiterung oder die Rolle der Frau in den verschiedenen Staaten Europas. Außerdem war abends Kreativität gefragt, denn in Workshops bereiteten die Teilnehmer ein Programm für den Abschlußabend vor, das sich sehen lassen konnte. Erfreulich war besonders die Eigeninitiative der europäischen Gäste. Die verschiedenen Nationalitäten machten das Programm durch hochwertige Beiträge aus ihren Heimatländern zu einem wirklichen Querschnitt kultureller Vielfalt.

Mit Gesängen, Gedichten und einem Tanz zeigten die Campteilnehmer einen Cocktail europäischer Kultur auf hohem Niveau.

Bemerkenswert war vor allem, wieviel Unterstützung und Anteilnahme am Camp aus der Bevölkerung kamen, aber sicher-

lich auch, wie motiviert und engagiert die eigenen Mitglieder und Helfer waren. Die Bestwiger JU-ler haben in der Durchführung Erstaunliches geleistet.

Nicht nur eine Woche lang Küchendienst und Begleitung des Rahmenprogrammes waren eine Selbstverständlichkeit, sondern alle haben auch selbständig viel Verantwortung übernommen, was bei einer überwiegend jungen Mitgliedschaft (die meisten zwischen 14 und 20 Jahren) sicherlich auch für die JU Bestwig eine gute Erfahrung war. Nicht zuletzt durch das EUROCAMP hat die JU noch einmal einen riesigen Zuspruch gefunden und konnte auch Neumitglieder durch das EUROCAMP gewinnen.

Partei aktiv

In den Diskussionen während des Camps fiel auf, wie gut die Jugendlichen aus Mittel- und Osteuropa über „den Westen“ informiert waren, die deutschen Teilnehmer hatten umgekehrt einiges aufzuholen. Während des EUROCAMPs ist es teilweise gelungen die „Grenze durch Informationsdefizite“ zu beseitigen und ein Interesse und eine Begeisterung für die Heimatländer unserer Gäste zu fördern. Hierin liegt der Grundstein zu einem gesamteuropäischen Verständnis, welches wir erreichen wollten.

Am Ende der Woche fiel natürlich der Abschied schwer. Besonders erfreulich ist, daß das Camp einen Anstoß gegeben hat, ein ähnliches Camp im kommenden Jahr in Ungarn zu planen. Wenn alles klappt, wird die Junge Union Bestwig nächstes Jahr wieder ein EUROCAMP erleben können, dann allerdings als Gast.

Jugend gestaltet Zukunft

**Einsendeschluß:
28. Februar 1998**

Unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl ist Anfang Oktober der bundesweite Wettbewerb „Jugend gestaltet die Zukunft“ gestartet worden. In einer Zeit, in der über den „Standort Deutschland“ öffentlich viel diskutiert wird, verleiht dieser Kreativwettbewerb den Jugendlichen ein Sprachrohr: Sie können den Erwachsenen ihre Ideen und Gedanken mitteilen und Anregungen geben, wie das „Unternehmen Deutschland“ für die Zukunft fit gemacht werden soll. Die Förderer des Wettbewerbs sind die Bundesregierung, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, die Adam Opel AG, Schwäbisch Hall, die Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft sowie der Kinder-Fernsehsender Nickelodeon. Diese Förderer haben auch über 1.000 Preise zur Verfügung gestellt. Zu den Hauptpreisen gehören z.B. eine Klassenreise in die Bundeshauptstadt Berlin,

eine Technik-Tour durch Deutschland oder ein Besuch bei Nickelodeon in den Vereinigten Staaten.

Über 21.000 Schulen haben die Wettbewerbsunterlagen sowie Unterrichtshilfen mit Lehrermappen und Schülerheften erhalten.

Der große Jugendwettbewerb an den Schulen

Veranstalter dieser Aktion ist der Zeitbild-Verlag, der seit 1990 bereits sechs erfolgreiche Jugendwettbewerbe zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen durchgeführt hat. Die Jugendlichen an den Schulen Deutschlands sind zum Mitmachen aufgerufen. Die Ideen können als Texte, Zeichnungen, Collagen, Videos, Computersimulationen, Modelle oder Kassetten **an den Zeitbild-Verlag, Postfach 14 06 69, 80456 München**, geschickt werden.

Die Zukunft aktiv gestalten: Frauen & Medien

So lautet das Motto der 22. Bundesdelegiertentages der Frauen-Union, zu der die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, eingeladen hat.

Der Bundesdelegiertentag findet am 15./16. November im Hotel Maritim am Flughafen Hannover statt.

Prominente Redner neben der Bundesvorsitzenden: Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Peter Hintze und Bundesumweltministerin

Angela Merkel. Grußworte: von Bundesfrauenministerin Claudia Nolte und dem Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Christian Wulff.

Wichtiger Tagesordnungspunkt: Vorstandswahlen

Rita Süßmuth: Lassen Sie uns auf unserem Delegiertentag mit Mut, Ideen und Lösungen erarbeiten, die uns unserem Ziel näherbringen: Eine Welt der Zukunft kann nur eine Welt sein, die Frauen und Männer gemeinsam gestalten.



25 Journalisten und Autoren aus Ost- und Westdeutschland haben ihre Eindrücke in Reportagen und Hintergrundberichten zusammengetragen und sie in der neusten Ausgabe des Magazins „PZ“ (= Politische Zeitung) veröffentlicht. Die Momentaufnahmen und Lagebeurteilungen wenden sich zum einen gegen die „Ostalgie“, also die sehnsüchtige und wehmütige Rückerinnerung an die DDR. Zum anderen wollen sie beschreiben, daß das Leben in der DDR mehr gewesen ist als SED und Stasi.

Die „PZ“-Ausgabe September 1997 kann, ebenso wie alle anderen vierteljährlich erscheinenden Themenhefte der PZ, beim Herausgeber, der Bundeszentrale für Politische Bildung, Postfach 1369, 53003 Bonn, – auch in größerer Anzahl (für Schulen z. B.) – jeweils kostenlos angefordert oder kostenlos abonniert werden. Auflage: Eine Million!

Fax: 02 28/5 15-5 86 oder über
Telefon: 02 28/21 24 36 bzw.
Fax: 02 28/21 24 08

Datum: 14. 10. 1997 22:41:28 Autor: Amadeus

JETZT DER CDU HELFEN: EINTRETEN, MITMACHEN

Hallo Liebe Surfer,

Die CDU hat mit dieser Home Page und mit dem vorbildlichen Diskussionsforum seit einiger Zeit bewiesen, daß es ihr ernst ist mit dem Aufbruch in die Zukunft. Hier im Forum haben sich seit bald zwei Jahren Leute der verschiedensten Richtungen getroffen und diskutiert. Viele haben jahrelang hier von dem großzügigen Angebot der CDU profitiert.

Ich hatte es bereits im August angekündigt. Manche von uns sollten sich einen Ruck geben und bei der CDU mitmachen. Ganz einfach eintreten. Die Partei braucht uns gerade jetzt. Es geht um das Ganze bei den kommenden Wahlen. Im engeren Sinne haben wir Dauersurfer ein Interesse, die CDU in ihrer Richtung zu totaler Offenheit zu unterstützen. Das ist ja keine Selbstverständlichkeit, Die SPD hat ihr Forum wieder geschlossen. Ich werde morgen eintreten. Bitte, macht mit. Es geht ja auch – um unser Forum.

Herzlichen Gruß: Amadeus

Die E-Mail-Adresse der CDU: post@www.cdu.de

**Beitrag
im Internet**

Argumente

zum Abbau überflüssiger Bürokratie ...

... brauchte es eigentlich nicht extra zu geben. Die meisten Bürgerinnen und Bürger meinen ohnehin, auf fast jede Art von Bürokratie verzichten zu können.

Warum überhaupt?

... fragen sie aber seit kurzem nicht mehr allein. Der Sachverständigenrat „Schlanker Staat“ hat am 2. Oktober seinen Abschlußbericht dem Bundeskanzler übergeben und fordert:

In Zukunft muß der Gesetzgeber die Notwendigkeit von Gesetzen „substantiiert“ begründen und auch die Folgen abschätzen, die sie haben werden.

Das heißt: Gesetzesvorhaben dem Bürger nicht nur verständlich machen, sondern ihm auch die Kosten nennen, mit denen sie die öffentlichen und privaten Haushalte sowohl wie die Wirtschaft belasten.

Die sog. „blauen Prüffragen“

... werden derzeit verschärft. Die Bundesministerien, die heute schon „geschäftsfördernd“ zur Bedarfsprüfung von Gesetzesinitiativen verpflichtet sind, sollen die Notwendigkeit von Gesetzen noch strenger kontrollieren. Und eine Normprüfstelle im Bun-

deskanzleramt soll das Prüfverfahren institutionell absichern.

Die drei wichtigsten Kriterien:

- Erforderlichkeit,
- Verhältnismäßigkeit,
- Leistbarkeit.

Sie entsprechen dem Subsidiaritätsprinzip.

Was ist das?

- Kein Parlament,
- keine Regierung,
- keine Verwaltung

darf mit Aufgaben betraut werden, die schon in die Zuständigkeit von Parlamenten, Regierungen oder Verwaltungen auf darunter liegenden Ebenen gehören.

Das bedeutet: Erledigung „vor Ort“

Aus Brüssel dürfen bei strenger Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes so lange keine Vorschriften kommen, wie sich die Dinge auch in Bonn, in den Landeshauptstädten oder in den Kommunen regeln lassen.

Das bedeutet auch: Wo es irgend geht: Privatisierung

In der öffentlichen Hand dürfen so lange keine Sparkassen und Banken, Verkehrs-, Wohnungs- und Energieversorgungsunternehmen bleiben, wie sich deren Aufgaben auch von privaten Trägern erfüllen lassen - in den allermeisten Fällen sogar besser, billiger und bürgerfreundlicher.

Das bedeutet vor allem: Nicht der Staat, die Bürger sind in Zukunft gefragt

Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Solidarität der Bürger müssen den Raum ausfüllen, den der Staat notwendigerweise verläßt, wenn er sich in Zukunft auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt.

Schließlich: Erlasse gelten nicht für alle Zeiten

Die Notwendigkeitsprüfung macht vor gültigen Verwaltungsvorschriften nicht Halt. Binnen zwei Jahren soll es ein ressortübergreifendes Gültigkeitsverzeichnis geben und in Zukunft den Erlaß sog. „untergesetzlicher Normen“ überhaupt nur noch mit Verfallsdatum. Nach Ablauf der ihr zugeordneten Frist tritt eine Vorschrift automatisch außer Kraft bzw. muß neu erlassen werden.

Rupert Scholz, Vorsitzender des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“:

Die Reformfähigkeit Deutschlands wird sich auch an der Bereitschaft der Beteiligten zeigen, die Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, in die Praxis umzusetzen.

Führerschein auf Zeit:

Überbürokratisierung, aber keine Verbesserung der Verkehrssicherheit

Schon weil sie zu einer „Überbürokratisierung“ führen würden, hat Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann Pläne abgelehnt, nach denen es künftig regelmäßige Auffrischungsprüfungen zum Führerschein geben soll. Zu Meldungen, die Gültigkeit des neuen EU-einheitlichen Führerscheins werde

auf zehn Jahre befristet, erklärte der Minister: Wenn es dazu käme, müßten jährlich fünf Millionen neue Führerscheine zusätzlich ausgegeben werden. Das würde erhebliche Kosten verursachen. Eine Erhöhung der Verkehrssicherheit sei dadurch aber nicht zu erwarten.

● CDU-Einkaufs-Chip

Bestell-Nr.: 9070

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 50,- DM

● Reflektorbärchen

Ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr sind unsere Reflektorbärchen. Damit können z.B. Kinder oder Jogger von anderen Verkehrsteilnehmern rechtzeitig gesehen werden.

Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 1 Set (25 Expl.)

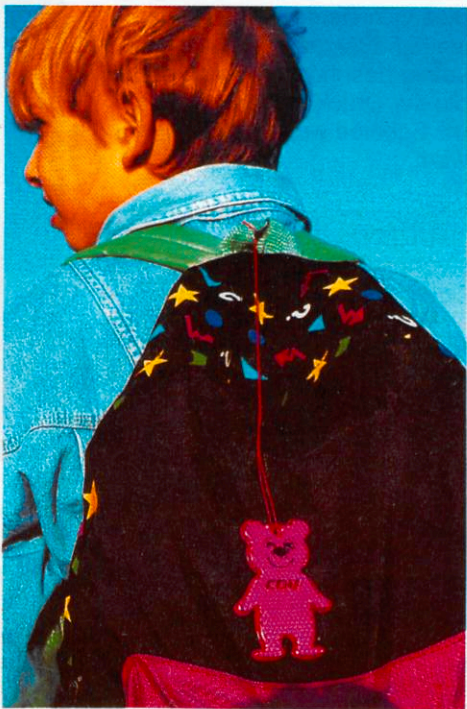
Preis je 25 Expl.: 34,90 DM

● „Harmonie in Sinfonie“

ist der Titel unserer Klassik-CD, mit der wir die Reihe der erfolgreichen CDU-Sonderproduktionen fortsetzen. Mit Werken von Schubert, Mozart, Telemann, Haydn und Mendelssohn enthält diese CD eine harmonische Zusammenstellung klassischer Sinfonien.

Bestell-Nr.: 9116

Preis je Expl.: 7,80 DM



**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

● CDU-Eiskratzer wieder im Angebot

Auf vielfachen Wunsch gibt es den aus vergangenen Jahren bekannten Eiskratzer in Trapezform wieder in unserem Versandzentrum: Der Erfolg dieses in Deutschland hergestellten Eiskratzers basiert auf seiner besonderen Form, durch die der Druck optimal direkt auf die Scheibe weitergegeben wird.

Aktionstip!

Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Mit dem nützlichen und sehr begehrten Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck.

Da isser wieder!!!!



Bestell-Nr.: 9890

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 89,- DM

UiD

34/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.